

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Lohnbewegung, Lebenshaltung, Sozialprodukt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1954) : Lohnbewegung, Lebenshaltung, Sozialprodukt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 9, pp. 485-489

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131948>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnbewegung - Lebenshaltung - Sozialprodukt

Die Stellungnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute:

Beurteilung der Lohnbewegung auf Grund wirtschaftlicher und konjunktureller Diagnose

Von Anfang an spielte in der gegenwärtigen Lohndiskussion die im Rahmen der halbjährlich turnusmäßig stattfindenden Tagung der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Erstellung einer gemeinsamen Diagnose der Wirtschaftslage Anfang Juli d. J. in Essen erarbeitete Stellungnahme zur Lohndiskussion¹⁾ eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt, weil sie in erster Linie unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten, also unter voller Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge auf diesem Gebiet erfolgt ist. Da sie indes sowohl von der Presse als auch von den interessierten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen meist nur auszugsweise unter willkürlichem Herausgreifen einzelner aus dem Zusammenhang gerissener und so vielfach mißverständlicher Sätze zitiert worden ist, erscheint es angebracht, an dieser Stelle die wesentlichen Gedankengänge der beteiligten maßgebenden Institute noch einmal wiederzugeben.

Investitionsbewegung

Von der Tatsache ausgehend, daß „sich in Westdeutschland nach dem ungewöhnlichen jahreszeitlich bedingten Rückgang im vergangenen Winter wieder eine kräftige Zu-

¹⁾ Vgl. die unter dem Titel „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1954“ Anfang Juli ds. Js. erschienene gemeinsame Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin; Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg; Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München; Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Braunschweig-Völknerode; Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel; Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

nahme der wirtschaftlichen Aktivität durchgesetzt hat“, stellen die Institute fest, daß „der Fortschritt gegenwärtig vor allem darauf beruht, daß sich seit dem Frühjahr vor allem die Investitionstätigkeit wieder sehr belebt hat und daß sich bei weiter steigenden Exporten nach wie vor hohe Devisenüberschüsse ergeben.“ Nach der Meinung der Institute „liegen die Ursachen der Investitionsbewegung an erster Stelle in der beträchtlichen Ausweitung der Konsumgüterproduktion im vergangenen Jahr. Dabei wurden in weiten Teilen der Konsumgüterindustrien die Kapazitäten offenbar so weit ausgenutzt, daß sich die Unternehmungen hier und in manchen vorgelegten Industrien veranlaßt sahen, ihre Anlagen in stärkerem Maße zu erweitern und zu rationalisieren. Darüber hinaus hat sich die Investitionsneigung sicherlich dadurch verstärkt, daß Preisrückgänge im allgemeinen nicht mehr erwartet werden und die Steuerlast, die sich schon durch die Kleine Steuerreform verringert hat, durch die bevorstehende Steuerreform noch einmal etwas ermäßigt zu werden verspricht.“

Günstigere Rentabilitätslage

„Die Tatsache“, stellen die Institute weiter fest, „daß die Expansion gegenwärtig wieder von der Investitionstätigkeit getragen wird und daß dabei die auf dem Wege des öffentlichen Zwangssparens finanzierten Investitionen keineswegs die ausschlaggebende Rolle spielen, deutet darauf hin, daß sich die Rentabilitätssituation der Unternehmungen offensichtlich gegenüber der Zeit vor einem Jahr ge-

bessert hat. Die Besserung der allgemeinen Ertragslage... hat sich... ohne Preiserhöhungen, d. h. bei annähernd stabilen Preisen vollzogen. In der Lohndiskussion kann somit eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten als Argument nicht vorgebracht werden, was den Lohnforderungen eine gewisse Grenze setzt... Der Beschäftigungszuwachs, der sich vornehmlich aus der Belebung der Investitionstätigkeit und der Steigerung der Ausfuhr ergab, hat zu einer Erhöhung des Arbeitseinkommens geführt, zu der jedoch bis zum Frühjahr Heraufsetzungen von Lohn- und Gehaltstarifen nicht nennenswert beigetragen haben, so daß sich die Einkommenssteigerung gegenüber den vorausgegangenen Jahren, namentlich gegenüber dem Vorjahr, verlangsamt hat... So steht auch die Konsumgüterproduktion weiter im Zeichen einer Belebung, die jedoch gegenwärtig in ihrem Tempo hinter der der Investitionsgüterproduktion zurückbleibt.“

Wachsendes Angebot verlangt wachsende Nachfrage

„Die weitere Entwicklung“, fahren die Institute in ihrer gemeinsamen Diagnose fort, „hängt in hohem Grade davon ab, ob das Wechselspiel zwischen Investition und Verbrauch reibungslos abläuft... Bei der Bedeutung, die dem hohen Ausfuhrüberschuß im Rahmen der gegenwärtigen Dynamik zukommt, mündet die wirtschaftliche Problematik (vor allem im Zeichen der sich anbahnenden Konvertibilität) schließlich in die Frage, inwieweit Binnenkonjunktur und Konjunktur der anderen Länder übereinstimmen.“

„Die Tendenzen der Lohnentwicklung“, so wird festgestellt, „sind unter diesem Gesichtswinkel besonders bedeutsam... Soweit sich die

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

gegenwärtigen und künftigen Lohnsteigerungen in den Grenzen halten, die sich aus dem Wachstum der allgemeinen Produktivität der Arbeit ergeben, ist unter den gegebenen konjunkturellen Bedingungen nicht zu befürchten, daß dadurch das Anhalten der Expansion gefährdet wird... Lohnerhöhungen gewissen Umfangs sind konjunkturpolitisch heute vor allem deshalb ohne Gefahr, weil durch die anhaltende Steigerung der Produktivität und durch die Investitionen, die gegenwärtig vorgenommen werden, das Güterangebot auf dem Binnenmarkt wächst, die Nachfrage aber mit diesem Angebot Schritt halten muß. Soweit sich die Nachfrage nicht durch Einkommenschöpfungen erweitert, die außerhalb des Bereiches der von der Lohnpolitik betroffenen Einkommen liegen, kann der Ausgleich nur durch Lohnerhöhungen erfolgen... Das reibungslose Zusammenspiel von Produktivitätssteigerung, allgemeiner Lohnerhöhung und wirtschaftlichem Wachstum würde nur dann gestört werden, wenn die Lohnerhöhungen stoßartig ein Ausmaß annähmen, das die Rentabilität der Unternehmungen und damit die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft generell beeinträchtigte."

Optimale Lohnsteigerung?

Die Analyse der Institute schließt mit der Feststellung, daß die Schwierigkeit der Lohndiskussion in konkreten Fällen vor allem darin bestehe, „daß im einzelnen keine Kriterien dafür zur Verfügung stehen, welches Maß der Lohnsteigerung als optimal im Sinne des gesamten volkswirtschaftlichen Wachstumprozesses angesehen werden kann. Aus der Steigerung der Arbeitsleistung im einzelnen Wirtschaftszweig läßt sich ein solcher Maßstab nicht ableiten.“

Die Quintessenz der jüngsten Stellungnahme der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zum Lohnproblem, die angesichts der neuerdings in Gang gekommenen Lohnbewegung an Aktualität noch gewonnen hat, besteht offensichtlich darin, daß die Institute befürchten, das relative Zurückbleiben der Steigerung der Konsumenteneinkommen im Vergleich zu der durch besonders lebhaft investitionstätigkeit bewirkten Ausweitung der Produktionskapazi-

täten könnte schließlich zu einem Rückgang der Kapazitätsausnutzung und damit auch der den Motor für die gesamte Konjunktorentwicklung darstellenden Investitionstätigkeit selbst führen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, befürworten sie die zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen der Konsumentennachfrage und der Investitionstätigkeit erforderliche Stärkung der Kaufkraft der breiten Verbraucherschichten auch auf dem Wege der entsprechenden Lohnerhöhungen. Gleichzeitig zeigen sie aber auch — wieder unter dem Gesichtspunkt der Sicherung einer ungestörten, stetigen Konjunktur-

entwicklung — die Grenzen auf, die dabei im Interesse des Ganzen nicht überschritten werden sollten, indem sie feststellen, daß die Lohnsteigerungen die Rentabilität der Unternehmen nicht generell beeinträchtigen, d. h. nicht über das Maß der durch Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten Produktivitätssteigerungen hinausgehen dürfen; sonst würden sowohl die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft als auch ihre Exportmöglichkeiten beeinträchtigt, d. h. die beiden Faktoren, die für den gegenwärtigen konjunkturellen Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft ausschlaggebend sind. (G-f)

Ein Beobachter der Wirtschafts- und Sozialstatistik:

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist maßgebend für die Lohnpolitik!

In der Diskussion um die Berechtigung oder Nichtberechtigung von Lohnforderungen sind eine Reihe von Gesichtspunkten aufgezeigt worden, die für die Beantwortung der Frage nach eventuellen Lohnerhöhungen von Bedeutung sind.

Verbessertes Reallohniveau

Um mit der Preisseite zu beginnen, so zeigt sich für die letzten 2½ Jahre eine erfreuliche Entwicklung, die das bisherige Reallohniveau nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar etwas verbessern konnte. Seit Beginn des Jahres 1952 sind vor allem im Industriegütersektor anhaltende tendenzielle Preissenkungen zu beobachten, die bei den industriellen Erzeugerpreisen eine Senkung um durchschnittlich 6% brachten. Die Einzelhandelspreise gingen in dieser Zeit sogar um durchschnittlich 8% zurück. Der für die Beurteilung der Kaufkraftentwicklung der Nominallöhne am ehesten in Frage kommende Preisindex für die Lebenshaltung ist von Anfang 1952 bis Mitte dieses Jahres zwar nur um 3—4% zurückgegangen. Die Preissenkungen wären aber auch hier

deutlicher zum Ausdruck gekommen, wenn nicht gleichzeitig Preiserhöhungen in den vorwiegend öffentlich bestimmten Bereichen (Verkehr, Beleuchtung, Mieten) aufgetreten wären. Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung der Lebenshaltungspreise und der Stundenverdienste in der Industrie seit 1950 folgende Indexentwicklung:

Jahresdurchschnitt	Preisindex für die Lebenshaltung	Stundenverdienste in der Industrie
1950	100	100
1951	108	115
1952	110	123
1953	108	129

Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt

Die Tatsache, daß von 1950 bis 1953 die Reallohne der Industriearbeiter um rund 20% gestiegen sind, ist gleichzeitig Teil einer zweiten, für den Arbeitnehmer ebenfalls vorteilhaften Entwicklungslinie: Der Anteil der Arbeiter am Wachstum des Sozialprodukts ist nicht zurückgeblieben. Diese Feststellung läßt sich durch drei Zahlenreihen veranschaulichen:

a) durch einen Vergleich der Reallohne mit der Produktivität,

Jahr	Reallohn je Beschäftigten	Produktionsergebnis je Beschäftigten	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Volkseinkommen	Lohnquote ¹⁾
	(Industrie)		(Gesamtwirtschaft)		
1949	100	100	100	100	62,7
1950	119	117	109	113	60,8
1951	125	128	133	142	58,7
1952	132	134	149	155	60,3
1953	141	141	165	163	63,5

¹⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in % des Volkseinkommens.

b) durch den Vergleich der Lohnentwicklung einerseits, der Entwicklung des Sozialprodukts andererseits,

c) durch den Anteil der Löhne am Sozialprodukt: die Lohnquote.

Die vorstehende, aus den offiziellen amtlichen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zusammengestellte Tabelle zeigt, daß der Verlauf dieser Kurven in den letzten Jahren sich eher zugunsten als zu ungunsten der Arbeitnehmer auswirkte. Zwar zeichnete sich von 1949 bis 1951 ein Rückgang des Arbeitnehmeranteils ab (ein Zeichen des mit dem Korea-Boom eingetretenen Konjunkturaufschwungs). Die Löhne haben jedoch seit Frühjahr 1951 ununterbrochen aufgeholt und haben im Jahre 1953 die höchste Quote der Nachkriegszeit erreicht. Auch liegt dieser Anteil der Löhne am Sozialprodukt keineswegs niedriger als in der Vorkriegszeit. Wie die sehr wertvolle Untersuchung von J. H. Müller¹⁾ zeigt, schwankte der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt der Vorkriegszeit (von den Jahren der Weltwirtschaftskrise abgesehen) nur geringfügig um den Satz von 60 %.

Auswirkung von Lohnforderungen

Nun wird allerdings die Frage gestellt, ob es nicht möglich oder gar zweckmäßig sei, diesen Anteil mit allen lohnpolitischen Druckmitteln weiterhin zugunsten der Arbeitnehmer zu verschieben. In diesem Zusammenhang sind die wissenschaftlich-statistischen Beobachtungen, die in den letzten Jahr-

¹⁾ „Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925“, Duncker & Humblot, Berlin, S. 27 ff.

zehnten in zahlreichen Volkswirtschaften gemacht werden konnten, wiederum von besonderem Interesse. Diese langfristigen Beobachtungen — vor allem aus den USA — zeigen, daß eine Art innerer Gesetzmäßigkeit besteht, die bewirkt, daß der Anteil der Löhne am Sozialprodukt real nur auf lange Sicht, d. h. über Jahrzehnte hinweg geringfügig geändert werden kann. Jeder Versuch, diesen Anteil von der Lohnseite her durch entsprechende Lohnforderungen zu erhöhen, führte bisher nur zu einer parallelen Zunahme der Preise und Gewinne oder aber zu einer Veränderung der Beschäftigung, so daß im Ergebnis nur die ursprünglichen Anteilsverhältnisse wiederhergestellt wurden. Und je stärker der lohnpolitische Eingriff war, desto größer war die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts mit Ausschlägen entweder der Preise oder der Beschäftigung.

Es ist sicherlich auch kein Zufall, wenn aus den amerikanischen Untersuchungen ferner hervorgeht, daß der Anteil der Löhne am Sozialprodukt oft gerade dann relativ zurückging, wenn machtvolle Gewerkschaften durch übersteigerte Lohnforderungen diesen Anteil zu erhöhen suchten. Diese Feststellung steht durchaus nicht im Widerspruch mit unseren deutschen Erfahrungen. Die hohen Lohnforderungen der Jahre 1950/51 führten im Ergebnis nur zu einem Rückgang der Lohnquote von 63 auf 59 %. Demgegenüber ist 1953, im Jahre der geringsten lohnpolitischen Aktivität der Gewerkschaften, der reale Anteil der Löhne am So-

zialprodukt stärker gestiegen als in jedem anderen Jahr zuvor.

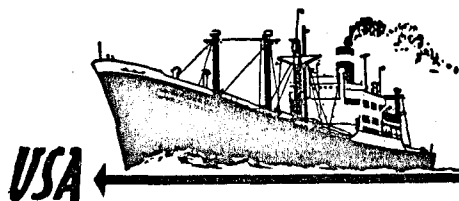
Lohnpolitik im Rahmen der Gesamtwirtschaft

Selbstverständlich wird und muß sich mit steigendem Sozialprodukt auch der Reallohn erhöhen. Realloohnerhöhungen sind aber nicht das gleiche wie Nominalloohnerhöhungen. In Zeiten der Mengenkonjunktur können die Reallöhne auf dem Wege über Preissenkungen um so schneller und wirksamer gehoben werden, je vorsichtiger man die Nominallohnentwicklung dem allgemeinen wirtschaftlichen Wachstum anpaßt.

Die vorstehenden Überlegungen zeigen, daß eine gute Lohnpolitik nur in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung betrieben werden kann. Es wäre daher auch höchst bedenklich, wollte man die allgemeine Lohnpolitik auf einzelbetriebliche Erfolgsrechnungen basieren. Für die Ausrichtung der Lohnpolitik ist nicht entscheidend, was sich im betriebswirtschaftlichen Bereich in diesen oder jenen Einzelfällen kalkulatorisch verkräften läßt.

Das soll nicht heißen, daß nicht auch die zeitweilig gute Ertragslage einzelner Unternehmungen einen materiellen Niederschlag im Einkommen aller Mitarbeiter finden sollte. Den sinnvollen Rahmen für diese Art Beteiligung dürfte jedoch die einzelbetriebliche Lohn- und Sozialpolitik abgeben.

Wenn nun abschließend Ausschau gehalten werden soll nach jenen Normen, nach denen sich unter volkswirtschaftlichen Aspekten eine sinnvolle Behandlung des Lohnproblems ausrichten soll, so



**NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA
BALTIMORE und HAMPTON ROADS**

EUROPA

von HAMBURG, BREMEN und BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON ROTTERDAM, AMSTERDAM, ANTWERPEN, FRANZÖSISCHEN UND ENGLISCHEN HAFEN

UNITED STATES LINES

HAMBURG, BALLINDAMM 1, TELEF. 321671 / BREMEN, MARTINISTRASSE 34, TELEF. 215 61 / BREMERHAVEN, COLUMBUS KAJE, TELEF. 69 51

kann man hier zunächst darauf aufmerksam machen, daß eine solche Steuerung durch volkswirtschaftliche Normen sich keinesfalls nach Art eines Automatismus vollziehen kann. Eine absolute Indexsteuerung der Lohnpolitik, sei es mit Hilfe von Preis- oder Produktivitätsindizes, legt den vielfältigen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen stets eine einseitige Zwangsjacke an, die von der Dynamik des Wirtschaftslebens früher oder später und nicht ohne schmerzhaftes Begleiterscheinungen gesprengt wird. Man kann daher nur allgemein sagen, daß zwar die Lohnentwicklung sich in die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität einzuordnen habe. Im einzelnen muß man aber stets auch die jeweilige wirtschaftliche Gesamtsituation im Auge behalten. Hierzu gehört das jeweilige „konjunkturelle Klima“, auf dessen Bedeutung im Rahmen der Lohnpolitik insbesondere das

Aus Kreisen der Industrie:

„Konjunkturpolitischer Übermut“

An erster Stelle dürfte wohl konjunkturpolitischer Übermut die Lohnbewegung des Sommers 1954 ausgelöst haben. Die im März einsetzende starke Beschäftigungswelle hat mehr als in den Vorjahren aus dem seit der Währungsreform sichtbar gebliebenen Block an struktureller Arbeitslosigkeit herausgebrochen. Das Auftragsvolumen verheißt einiges an Stabilität der Gesamtbeschäftigung. Somit konnte ein lohnpolitischer Unruheherd ohne allzu großes Risiko geschaffen werden, zumal er den Gewerkschaften wegen der Mitgliederwerbung und ihren Chefs im Wettbewerb um die Führung gut ins Konzept paßte. Da man auf der Unternehmerseite, von der weithin eine betriebliche und daher diskrete Ergänzung der Lohnsätze vorgezogen wird, in den Tarifen nicht auf das Äußerstmögliche festgelegt sein möchte, bestand zudem Spielraum für neue Tarife. Es kam noch eine volkswirtschaftliche Gunst des Augenblicks hinzu: an den Märkten der Binnenwirtschaft durfte keine Nachfragerückfälle entstehen, als sich der konjunkturelle Akzent wieder einmal zur Investitionsgüterseite hin verlagerte. Ver-

Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin aufmerksam gemacht hat. Hierzu gehört ferner der jeweilige Beschäftigungsstand, nicht zuletzt das Ausmaß an struktureller Arbeitslosigkeit, die nur dann allmählich abgebaut werden kann, wenn auch von der Lohnseite her die Bereitstellung der erforderlichen Investitionsmittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Hierzu gehört nicht zuletzt die gesamte Export- und Außenhandelsituation, von der Beschäftigungsvolumen und Lebensstandard der gesamten Bevölkerung entscheidend beeinflußt werden, die aber wiederum in enger Abhängigkeit von der Lohnentwicklung eines Landes und der aller übrigen Länder steht. Die quantitative Untersuchung all dieser Zusammenhänge wäre eine dankbare Aufgabe beispielsweise für die kürzlich vorgeschlagene gemeinsame Studienkommission der Sozialpartner. (S-r)

schiedene Stellen der Wirtschaftswissenschaft hatten das vor den Lohnkämpfen deutlich unterstrichen. So kam es zur Auslösung der expansiven Lohnpolitik einiger Gewerkschaften, nachdem diese Agartzsche Formel vorher monatelang nur akademisch behandelt worden war.

Entwicklung der Lebenshaltungskosten

Von den Lebenshaltungskosten her war kein statistisch nachweisbarer Anlaß zu einer Lohnwelle gegeben; denn diese Kosten waren seit der letzten größeren Lohnwelle im Jahre 1951 leicht zurückgegangen. In der neuesten Zeit sind zwar einige politische Preise angehoben worden — am auffälligsten im Verkehrssektor und beim Hausbrand; aber das waren eigentlich Aktionen des Gleichziehens mit dem allgemeinen Preisstand gewesen, den die Lohnwelle von 1951 schon akzeptiert hatte. Viele von der Wirtschaft aufgebrachte Konsumgüter waren seit der letzten großen Lohnwelle merklich billiger geworden, so daß sich die Reallöhne auch ohne Tarifunruhe verbessert hatten. Beispielsweise

hatte der Index der Bedarfsgruppe Hausrat von 113 im Herbst 1951 auf 102 im Sommer 1954 nachgegeben, der Bedarfsgruppe Bekleidung von 110 auf 97 (Preisstand 1950 = 100), und diese Zahlen lassen sich von jedermann bei einem Kassazettelvergleich nachprüfen. In den Preisen der meisten Konsumgüter, seien sie agrarischer oder industrieller Herkunft, steckt sowieso nach drei Jahren des Käufermarktes keine besonders hohe Gewinnmarge mehr. Es sei denn, man stelle sich auf den kurzfristigen Standpunkt, daß Investitionen in diesen Wirtschaftsbereichen nicht mehr erwirtschaftet zu werden brauchen, weil man das bequemer, weil getarnter, mittels staatlich geleiteter Zwangssparprozesse erledigen kann.

Die Situation der Konsumgüterindustrie

Sicherlich gibt es Ausnahmen von dieser allgemeinen These, d. h. hier und da Konsumgüterpreise, die durch eine Steigerung der Tariflöhne um 3 bis 8% nicht zu eng werden und dem Hersteller eine attraktive Investitions- und Gewinnmarge belassen. Aber wie jeder Einblick in die Insolvenzlisten und Kurszettel lehrt, muß sich die Masse der konsumnahen Betriebe schwer plagen, um in der Gewinnzone zu bleiben. Das ist nicht absonderlich, da weithin noch mächtige Ent- und Umschuldungsvorgänge aus den Wiederaufbaujahren bei großer Steuerlast abzuwickeln sind.

Auf die Hoffnung, daß ein Mehr an Löhnen insgesamt kostendegressive Tendenzen in der Konsumgüterwirtschaft auslösen werde, darf angesichts der beachtlichen unausgenutzten Kapazitäten in vielen Sparten ein Quentchen Vertrauen gesetzt werden. Aber allzuviel darf man hier nicht erwarten. Wohin wird das Mehr an Löhnen nämlich strömen? Da es durchweg nicht den Schichten zugute kommt, deren Lebenshaltung nach wie vor sehr eingeeengt ist, sondern vorwiegend von den gut organisierten Gruppen, die auf der Lohnleiter ziemlich hoch stehen, aufgenommen wird, ist nur mit einer Belebung von Teilmärkten, wahrscheinlich denen der gehö-

benen Gebrauchsgüter zu rechnen. Von denen kann man aber nicht allgemein sagen, daß sie aus kostendegressiven Produktionen aufgefüllt werden.

Die Situation der Exportindustrie

Die Erörterung über die diesjährige Lohnbewegung allein auf die Binnenwirtschaft abstellen, heißt aber an einer entscheidenden Komponente vorbeisehen; denn die westdeutsche Sonderkonjunktur ist in hohem Grade abhängig vom guten Gedeihen des Exports, und der ist in den erzielbaren Preisen wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet. Sonst müßte man ihm nicht mit steuerlichen Vergünstigungen nachhelfen, die aus unser aller Taschen genommen werden. Auch brauchte man sich sonst nicht die Gefährdung der Währung zu leisten, die im innerdeutschen Geldumlauf von der Freigabe uneingebrachter EZU- und Swingschulden der Importländer ausgeht. Womit kann die Exportwirtschaft denn zur Zeit um Aufträge werben? In Technik, Form und Qualität liegt sie allgemein gewiß nicht weit vor ihrer Konkurrenz. Soll sie weiter mit verlängerten Zahlungszielen operieren, d. h. mit noch mehr währungspolitischen Risiko? Davor behüte man uns! Bislang konnten die Produzenten von Exportgütern auf exakt zuzusichernde, relativ kurze Liefertermine hinweisen. Dem schiebt die Industriegewerkschaft Metall jetzt mit ihren gezielten Streikaktionen einen Riegel vor. Der Metallsektor muß sich aber die Aufträge für mehr als ein Drittel seiner Produktion im Ausland suchen, und er hat es mit vielen gutsituierten Konkurrenten zu tun, die überwiegend keine Remontagen finanzieren müssen. Wird aber das Expansionsklima, das der ganzen Wirtschaft über 6 Jahre hinweg erhalten werden konnte, hier und jetzt verdorben, dann bleiben die Auswirkungen der Tariflohnerhöhung auf dem Papier oder in den Taschen der schmalen Schicht, die einen Rückschlag nicht in vorderster Linie aushalten muß.

Verschärfte Auseinandersetzungen

Nach der friedlichen Beilegung des südwestdeutschen Konflikts im Metallbereich schien sich der

Arbeitsfrieden auch im Sommer 1954 erhalten zu lassen. Erst der „Stoßtrupp Kummernuß“, die jeder Rücksicht auf Kalkulation und Export entrobene Gewerkschaft OTV mußte die rauhere Kampfmethodik bestimmen, wobei sie sich für den Konflikt den Arbeitgeber-Außen-seiter Hamburg aussuchte und somit gleichzeitig der Ausmünzung der letzten Bürgerschaftswahlen Schranken setzen konnte. Seither haben die Auseinandersetzungen

eine schärfere Note. Das ist eine gewohnte Begleiterscheinung alternder Hochkonjunktoren. Solche Zeitpunkte eignen sich nicht, an eine Reform der Lohnfindung heranzugehen. Dazu muß man Zeiten ohne Siegesrausch in diesem oder jenem Lager abwarten. Dann allerdings kann aus dem Vorschlag, einen obersten lohnpolitischen Vertrauensrat zu schaffen, ein Ausweg aus einer agitatorisch verfahrenen Lage erwachsen. (W. H.)

Einige andere zu dem vorangegangenen Gespräch erbetene Stellungnahmen, die zur Abrundung des Gesamtbildes erforderlich sind, lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Wir werden deshalb das Gespräch im nächsten Heft fortsetzen.

Reisende in Plänen

Es ist erstaunlich, welche Fülle von „Alternativ“-Lösungen plötzlich jetzt nach dem Scheitern der EVG auftauchen. Und damit wird das Wort „Alternative“ gleichsam ad absurdum geführt. Es scheint eben doch mehr als zwei Möglichkeiten zu geben, um die europäischen Probleme einer Lösung zuzuführen. Zweifellos wäre die EVG eine Konzeption gewesen, um eines der dringendsten Teilprobleme, nämlich das der Verteidigung, zu meistern. Hätte sie aber wirklich das europäische Gesamtanliegen einer politischen und wirtschaftlichen Integration ihrem Ziele näher gebracht? Hätte sie — zumal bei den schweren innen- und außenpolitischen Hypothesen, die sie belastet hätten — sich nicht allzu leicht ebenso wie die Montanunion zu einem Hemmschuh fortschreitender Integrierung entwickeln können? Zumindest hätte uns bei einer gewissenhaften Beobachtung der französischen Situation das Schicksal der EVG nicht zu überraschen brauchen. Vielleicht sollte man Mendès-France dankbar sein, daß er mit der von ihm vorangetriebenen Entscheidung die Phantasie der Diplomaten zur Suche nach der „Alternativ“-Lösung angeregt hat, statt mit weiteren Verschleppungsmanövern eine wirksame Verteidigung Europas überhaupt in Frage zu stellen.

Bei der Vielzahl der Pläne, die jetzt angeboten werden, ganz gleich ob sie die Lösung der europäischen Probleme im Schoße der NATO, im Brüsseler Pakt oder in einer neuen Monroe-Doktrin sehen, sollten wir eifersüchtig darüber wachen, daß unser Hauptanliegen, nämlich das der Wiedervereinigung, dadurch nicht gefährdet wird. Gerade in dieser Hinsicht scheint der Kennan-Plan neue Perspektiven zu eröffnen, weil er nicht auf einem der üblichen Paktsysteme fußt, die in jeder Formulierung immer umstritten sein werden und deren effektive Wirksamkeit stets fraglich ist. Es besteht jetzt die große Chance, die neuen Europapläne mit einer Außenpolitik der Bundesregierung in Einklang zu bringen, die sowohl von der Regierungskoalition wie von der Opposition getragen werden kann. Man muß sich nur darüber im klaren sein, daß eine Politik der Stärke wohl von den westlichen Alliierten, nicht aber von uns getrieben werden kann, und daß die sowjetische Mentalität wenig Aussicht bietet, um in permanenten Vierer-Besprechungen die mit dem Europaproblem so eng zusammenhängende Deutschlandfrage auch nur einen Schritt voranzutreiben. Die Verleihung der Souveränität an die Bundesrepublik mag ein ganz schöner Erfolg der westdeutschen Außenpolitik sein, wir wollen aber nicht vergessen, daß wir von einer vollen Souveränität erst nach einer vollzogenen Wiedervereinigung sprechen können. Wir müssen also die neuen Europapläne auch daraufhin prüfen, ob sie einer gesamtdeutschen Außenpolitik gegenüber standhalten könnten.

Wenn wir einen Rückblick über die diplomatischen Verhandlungen zwischen West und Ost in den vergangenen Jahren halten, so mag wohl der etwas billige Eindruck entstehen, daß der Kreml leichte Siege errungen hat. Ist dieser Eindruck nicht dadurch entstanden, daß manche durchaus nicht entscheidende Position, die zur rechten Zeit einen echten diplomatischen Preis dargestellt hätte, zäh verteidigt worden ist, um sie schließlich doch noch aufzugeben zu einer Zeit, als ihr Preis wertlos geworden war? (sk)